

Integration: die Unterschiede begreifen

Die Faktoren für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten sind mannigfaltig. So wurde klar, dass sich im Migrationsprozess auch die aufnehmenden Gesellschaften verändern. Dabei spielt Kohäsion eine wichtige Rolle und wird durch Bildung massgebend unterstützt. Religion an sich ist ambivalent und kann bei den Integrationsbemühungen sowohl Ressource als auch Risiko bedeuten. Mit entsprechenden Ausbildungsangeboten kann das Zusammenleben mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund erleichtert werden.

«Ich glaube, was man über den Prozess der Integration sagen kann, gilt für alle, auch für uns», begann **Prof. Dr. Walter Leimgruber** von der Universität Basel. Lange Zeit sei es selbstverständlich gewesen, dass sich Migrantinnen und Migranten an die Kultur des Einwanderungslandes anzupassen hätten, entsprechend dominierte das Bild der Assimilation, d.h. der einseitigen Anpassung. Kultur sei dabei als eine Art homogener Rucksack verstanden worden, «den man in ein neues gesellschaftliches Umfeld mitbringt, dort in den Schrank stellt und durch einen neuen ersetzt».

Zunehmende Vernetzung als Herausforderung für die Kohäsion

Doch «in Wirklichkeit bestehen heute immer mehr Kulturen, wo Grenzen nicht trennen, sondern überschritten werden». Identitäten würden zunehmend von ihren lokalen Verknüpfungen getrennt, es entstünden virtuelle Landschaften, die durch die moderne Technologie global miteinander vernetzt seien. So liesse sich Migration als Prozess verstehen, der in mehreren Staaten verankert sei und zugleich weit über den einzelnen Staat hinausreiche. Die Gesamtgesellschaft werde zunehmend durch offene Ränder und Verflochtenheit geprägt. Doch trotz dieser scheinbar freischwebenden Räume, in denen sich Migrantinnen und Migranten bewegten, werde «ein gesellschaftlicher Kohäsionsprozess immer notwendig sein in der Arbeits-, der Bildungs-, der sozialen und der politischen Welt».

Dies bedeute eine grosse Herausforderung für Individuen wie auch die Gesellschaft, denn die Grenze des Vertrauten verschiebe sich ständig, so Leimgruber. Vieles müsse diskutiert und ausgehandelt werden, selbst alltägliche Banalitäten wie der Handschlag «werden zur Kampfzone von Normen und Werten».

Migrantisierung der Gesamtgesellschaft

Doch habe dieser Prozess nicht erst vor Kurzem eingesetzt, wie das viele meinten, und er hänge auch längst nicht nur mit Migration und Globalisierung zusammen, betonte Leimgruber: «Anpassungen und Neuorientierungen laufen immer.» Doch wenn zu schnell zu viele Veränderungen passierten, verlören viele Menschen den Boden unter den Füßen: «In diesem Sinn hat in den letzten Jahrzehnten eine Art Migrantisierung der gesamten Gesellschaft stattgefunden» und die Erfahrung der Heimatlosigkeit sei allgemein geworden. Solche Erneuerungs- und Veränderungsprozesse seien immer mit Ängsten und Unsicherheit verbunden. «Erfolgreich können sie nur dann sein, wenn sie die Menschen nicht nur verunsichern, sondern wenn auch Hoffnung und Glaube an die Zukunft existiert». Wichtig sei daher festzulegen, was hier und heute für uns die zentralen Werte seien – eine dauernde Debatte, die nie mit der Übereinstimmung aller enden könne. Auf demokratischem Weg getroffene Entscheidungen gelte es aber durchzusetzen, «denn sonst geht die Kohäsion verloren», warnte der Referent.

Neue Regeln der Partizipation sind nötig

Doch lässt sich Kohäsion überhaupt herstellen, wenn in einer Schweiz mit 8 Millionen Menschen 2.5 Millionen vom offiziellen Diskurs der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen sind, fragte Leimgruber. Hierbei bezog er sich auf die allgemeine Möglichkeit der Partizipation und auf die Rechte, die mit den Pflichten einhergehen müssen, denn «das Recht und die Verpflichtung, sich für die Gesellschaft einzusetzen, müssen für alle offenstehen, aber sie müssen auch gefördert wer-

den». Schwierig dabei sei, dass die Einheit von Staat, Recht und Bürger heute nicht mehr gegeben sei: Die politischen Rechte gehörten noch immer den Staatsbürgern der einzelnen Staaten, während die Menschenrechte nicht an einen bestimmten legalen Status gebunden seien. Die sozialen Rechte wiederum gehörten Menschen, die in einem Land einen bestimmten Aufenthaltsstatus besitzen, der jedoch nicht von der staatlichen Zugehörigkeit abhängig sei. «Das heisst, dass die Regeln der Partizipation neu gedacht werden müssen», folgerte Leimgruber.

Als Citoyen zur Integration

Wenn wir Menschen in unsere Gesellschaft integrieren wollten, müssten wir sie zu Citoyens und Citoyennes machen, «also zu Menschen, die Rechte haben, aber auch Menschen, die sich engagieren, die sich verantwortlich fühlen für ihr Umfeld», so Leimgruber. Solches Engagement entstehe aber nicht einfach so, sondern «ein Citoyen muss geformt werden, egal, ob er anderswo oder hier geboren wurde». Passiere dies nicht, würden sich künftig immer grössere Bevölkerungsteile von dieser Idee verabschieden, beziehungsweise sie gar nie richtig kennen lernen. «Leisten wir diese Integration nicht, werden wir in Zukunft immer mehr Menschen haben, die hier leben und sich der sozialen Rechte erfreuen, oder die hier leben und sich der durch den Rechtsstaat gesicherten Freiheiten erfreuen, die Gesellschaft aber nicht als Element der eigenen Verantwortung denken. Und dann fehlt das Wichtigste, eben die Kohäsion».

Bildung als eine der Grundlagen für Kohäsion

Bildung spielt eine wichtige Rolle für die Kohäsion. Es sei klar, stellte **Erwin Sommer** von der Erziehungsdirektion des Kantons Bern gleich zu Beginn seines Beitrags fest: «Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung, und zwar unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus.» Dieses Grundrecht ist in der Sache absolut richtig, denn «wir wollen nicht, dass hier eine Parallelgesellschaft entsteht von Menschen, die unsere Sprache, unsere Tradition und Werte nicht kennen und deshalb die soziale und berufliche Integration erschwert oder gar verhindert wird». Menschen, die hier bleiben, sollen ein vollwertiger Teil unserer Gesellschaft sein, an unseren Errungenschaften teilhaben, jedoch auch einen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft leisten. So hätten auch wir ein Interesse daran, dass die Kinder und Jugendlichen ausgebildet und die Erwachsenen nicht durch Arbeitsverbote und andere Hindernisse zum Nichtstun erzogen würden. Ihr Potential dürfe nicht einfach brachliegen gelassen werden, forderte Sommer.

Bildungsintegration im Kanton Bern: möglichst wenig separate Strukturen

«Eine ganz wichtige Aufgabe ist es, die Kinder bereits im Vorschulalter zu erfassen und ihnen dort die nötige Unterstützung zu geben.» Bei zuziehenden Asylsuchenden geschehe dies bereits in den Kollektivunterkünften oder in den weiteren Phasen der Unterbringung. Es sei aber auch bei Kindern von Zugewanderten, die bereits länger hier lebten, eine wichtige Aufgabe. Mit dem Projekt Primano leiste die Stadt Bern hier vorbildliche Arbeit, sie versuche Kinder im Vorschulalter, die dringend Integrations- und Sprachunterstützung brauchen, über eine sorgfältige Elternarbeit zu unterstützen. Das Ziel sei immer die Integration in der Regelklasse zum richtigen Zeitpunkt. «Wir möchten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund möglichst wenig in separaten Strukturen schulen. Die Integration in ordentliche Bildungsgänge ist das Hauptziel unserer Massnahmen.»

Intensivkurse für spät Zugewanderte

Kinder, die in frühen Jahren in die Volksschule eintreten, hätten gute Chancen, die erforderlichen Kompetenzen zu erwerben, um erfolgreich in die Berufsbildung oder die Schulen der Sekundarstufe II überzutreten. «Anders verhält es sich jedoch bei Jugendlichen, die im späteren Kindes- oder Jugendalter zu uns ziehen.» Hier ermögliche es der mangelnde Bildungshintergrund oder ungenügende Sprachkenntnisse häufig nicht, dem Unterricht auf der Stufe Sek I zu folgen, wo sie aufgrund ihres Alters eigentlich eingestuft wären. «Diese Jugendlichen haben in ihren Herkunftsländern oft kaum die Schule besucht.» Deshalb habe man im Sommer 2016 die regionalen Intensivkurse plus (RIK+) für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren geschaffen. Während zwei Jahren werden sie in Deutsch, Mathematik und Alltagsorientierung unterrichtet.

Einstieg in die Berufswelt: Erfolg dank Brückenangeboten

Auch auf der Sekundarstufe II habe man seit langer Zeit Erfahrung in der Unterstützung spät zugewanderter Jugendlicher. «Ziel ist es, ihnen den Einstieg in die weiterführenden Schulen und insbesondere auch in die Berufsbildung zu ermöglichen.» Im Vordergrund stehe das berufsvorbereitende Schuljahr «Praxis und Integration» BPI für 17- bis 25-Jährige. «In den letzten zwei Jahren haben wir die Anzahl an BPI-Klassen von 29 auf 50 erhöht. Damit sind wir an die Kapazitätsgrenzen gestossen – nicht nur finanziell, wir finden derzeit auch nicht mehr genügend Räume und kaum mehr qualifizierte Lehrpersonen.»

Zudem zeige die Erfahrung, dass die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr als ein Jahr an Berufsvorbereitung benötigten, damit ihnen der Einstieg in eine berufliche Ausbildung gelingt. Doch mit zusätzlichen Angeboten wie beispielsweise einer Vorlehre oder anderen Brückenangeboten «stellt sich der Erfolg in der Regel meistens ein», war Sommer überzeugt.

«Wir schaffen das!»

Speziell begrüsse und fördere man von Seiten der Erziehungsdirektion die vom Bund initiierte Integrationsvorlehre speziell für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Eine wichtige Aufgabe seien auch die Sprachkurse für zugewanderte Erwachsene. Die Sprache sei das Eingangstor zur Bildungs- und Arbeitswelt und daher zentral dafür, dass sich Zugewanderte in der Schweiz ihren Lebensunterhalt selber verdienen könnten. «Das alles sind schwierige Herausforderungen, die wir meistern müssen. Und doch, wir schaffen das!», fasste der Referent zusammen. Verglichen mit den Schwierigkeiten, welche die geflüchteten Kinder und Jugendlichen erlebt hätten, seien unsere Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik «mit Verlaub, bescheiden».

Religion als Integrationsrisiko?

Inwieweit die Religion als eine der Herausforderungen zu sehen ist, erläuterte **Prof. Dr. Stefan Huber** vom Institut für empirische Religionsforschung der Universität Bern. Die Medien konzentrierten sich vor allem auf den Aspekt der Religion als Integrationsrisiko, hielt er fest und veranschaulichte dies mit dem aktuellen Beispiel des umstrittenen Bieler Imams: «Ich denke, dieser Blick-Imam verzerrt die Wirklichkeit des Zusammenhangs von Religion und Integration.» Denn Religion habe auch eine soziale Seite, die sich in Form von Kirchen, Moscheen und Tempeln manifestiere. Und deshalb sei Religion nicht in erster Linie ein Risiko, sondern könne auch eine Ressource im Integrationsprozess sein.

«Religion ist ambivalent»

«Religion ist per se weder gut noch schlecht», stellte der Professor klar, «sie ist ambivalent – sie ist Ressource und Risiko zugleich», führte er aus. Religion trage zur Kohäsion einer Gruppe bei, motiviere zu sozialem Engagement und fördere die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Integration impliziere aber auch Ausgrenzung, «und je nachdem, wie diese Grenze gezogen wird, kann es problematisch werden», so Huber. Religion stütze die persönliche Identität und diese wiederum könne auch zum Widerstand oder Kampf motivieren. Beispielsweise hätten 40% der Schweizer Bevölkerung bei repräsentativen Umfragen geantwortet, dass sie einem Gesetz nicht Folge leisten würden, wenn es sich gegen ihre Glaubenssätze richtete. «In der Realität leistet die Religion aber wichtige Beiträge zum Gelingen der Integration», betonte Huber. Der Prozess der Integration sei sehr komplex und nicht mit dem Erlernen einer Sprache erfüllt. Viel schwieriger sei der Umgang mit fremden Wertvorstellungen, die auf die Religion zurückwirkten.

Die schweizerische Religionslandschaft ist im Umbau

Bis zur Reformation hätten die Katholiken über Jahrhunderte eine religiöse Monopol-Stellung innegehabt. Danach sei in der schweizerischen Religionslandschaft für die folgenden Jahrhunderte ein Duopol zu beobachten gewesen: So hätten in der Schweiz 60% Reformierte und 40% Katholiken gelebt. Ab 1950, mit der Arbeitsmigration aus vorwiegend katholischen Ländern, vor allem Italien, habe sich das Verhältnis zu Gunsten der Katholiken verschoben. Heute verzeichne die Gruppe der Keiner-Religion-Zugehörigen ein starkes Wachstum und die Gruppe der Muslime stünde bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach den Katholiken zahlenmässig an zweiter Stelle.

«Tendenziell werde sich das Bild der religiösen Landschaft eher in diese Richtung verändern», prognostizierte der Religionswissenschaftler.

«Theologische Fakultäten leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass im Bereich der Religion Risiken abgebaut und Ressourcen ausgebaut werden», unterstrich der Professor. Theologische Fakultäten förderten die Selbstreflektion, «dadurch könnten Risiken abgemildert werden». Deshalb «wäre ein interreligiöser Umbau zumindest *einer* theologischen Fakultät in der Schweiz sinnvoll» forderte der Referent.

Wie kann die Vertrauenswürdigkeit von Seelsorgern geprüft werden?

«Medien thematisieren gerne die Risiken» der Integration, schloss sich **Dr. Claudia Kohli-Reichenbach** von der theologischen Fakultät der Universität Bern ihrem Vorredner an. Sie stellten zweifelhafte Imame, die radikalisiertes Gedankengut verbreiteten, in den Fokus der Öffentlichkeit. Gerade in der Seelsorge entstünden enge und sehr persönliche Beziehungen zu Klienten und Klientinnen, seien dies Patientinnen oder Angehörige im Spital oder Gefängnisinsassen. Bis heute stünden in Spitälern und Gefängnissen zwar andersgläubige Seelsorger auf Abruf, zur Verfügung, aber bis vor kurzem habe es keine fix angestellten nicht-christlichen Seelsorger gegeben. Dies decke sich aber nicht mehr mit den Bedürfnissen der Seelsorgeempfangenden.

CAS «Religious Care in Migration Contexts» an der Universität Bern

Mit einer gesamtschweizerisch gültigen Ausbildung könnte sichergestellt werden, dass nicht-christliche Seelsorger und Seelsorgerinnen dieselben Standards erfüllten wie christliche. So könnten die Stellenprozentage von nicht-christlichen Seelsorgenden erhöht und den heutigen Bedürfnissen angepasst werden. Dieser Herausforderung hat sich die theologische Fakultät der Universität Bern gestellt und einen Ausbildungslehrgang für alle seelsorgerisch Tätigen geschaffen. Gerade weil die Imame, Pfarrerinnen und Hindupriester später auch zusammen in Institutionen arbeiteten, sei bewusst ein Studiengang geschaffen worden, der unabhängig von der religiösen Überzeugung für alle offen sei. Es sei darauf verzichtet worden, ein Hochschulstudium als Zulassungsbedingung vorauszusetzen, da damit vielen Flüchtlingen der Zugang verwehrt gewesen wäre. Stattdessen müssten die Interessierten ein Aufnahmeverfahren durchlaufen. In der Ausbildung kämen nicht nur Schweizer Rechte, sondern auch Gleichberechtigung, Gewalt, Traumatisierung und Selbstsorge zur Sprache. Während der Ausbildungszeit würden die Lernenden zudem persönlich und in Gruppen begleitet. Mit dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten wachse «die Bereitschaft zu hören, was den anderen religiös bewegt», was das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund fördere.

Sarah Beyeler und Doris Moser